

Wirtschaftlicher Rückblick

Auszug aus der Präsidialadresse von Dr. A. WILHELM

gehalten an der 72. ordentlichen Generalversammlung der Schweizerischen Gesellschaft für Chemische Industrie
am 12. September 1952 in Locarno

Wohl sind wir vor Rückschlägen nicht verschont geblieben, aber wenn wir uns all die spannungsgeladenen Konflikte vergegenwärtigen, die die Menschheit heute bedrücken, so dürfen wir doch mit großer Genugtuung vermerken, daß unsere Wirtschaft in der Mehrzahl ihrer Sparten und unsere Wissenschaft in allen ihren Disziplinen an äußerem Prestige gewonnen und im inneren Gefüge eine bedeutende Festigung erfahren haben. Aber mehr denn je braucht unser Land den Genius des Wissenschaftlers, die Intelligenz und die Ausdauer des technischen Gestalters, die Phantasie und die Unternehmungslust des Industriellen.

Rußland, seine Satelliten und der potentiell so gewaltige Chinamarkt kehren uns mehr und mehr den Rücken. Ihre eigene Chemie hilft ihnen, ihren Weg der Isolierung mit Erfolg zu beschreiten. Die Verkaufsorganisationen der schweizerischen chemischen Industrie sind in den letzten Jahren in den osteuropäischen Ländern wesentlich geschwächt, wenn nicht gänzlich zerschlagen worden. In China scheint uns ein ähnliches Schicksal bevorzustehen.

Aber noch weiteres Unheil droht uns aus dem Osten. Die neuentstandenen Nationalstaaten, angefangen von Ägypten über Persien, Indien, Pakistan, Burma, Indonesien, Malaya, Indochina, Philippinen bis nach Japan, stehen in einem ununterbrochenen Abwehrkampf gegen den zermürbenden Einfluß äußerer und innerer Feinde. Welches der Ausgang des Kampfes sein wird, ist heute ungewiß. Mit dem Schicksal dieser Länder steht und fällt einer der wichtigen Aktivposten des europäischen Welthandelssystems, in dem sich die Schweiz von jeher eine respektable Position zu sichern wußte.

Auch die südamerikanischen Staaten, die in ihrer Totalität ein wichtiges Absatzgebiet unserer schweizerischen chemischen Industrie darstellen, sind noch weit davon entfernt, jene Kontinuität erreicht zu haben, die eine organische Fortführung unserer gegenseitigen Austauschbeziehungen erwarten ließe. Periodisch werden unsere Lieferungen durch abrupte Maßnahmen gestört und abgedrosselt, wodurch der Wille zu einer intensiven Zusammenarbeit mit diesen aussichtsreichen Zukunftsländern nur allzuoft zum Schaden beider Partner gelähmt wird.

Der amerikanische Protektionismus, unterstützt durch Maßnahmen wie der «Buy American Act», entzieht in diesem monopolfeindlichen Land einen gewichtigen Teil

seiner wirtschaftlichen Austauschmöglichkeiten dem freien internationalen Konkurrenzkampf. Die Schranken wirken um so einschneidender, je mehr Amerika sich mit der Weltwirtschaft verflucht, je mehr es seine Anstrengungen zusammen mit den europäischen Staaten darauf richtet, auf allen Kontinenten die wirtschaftlich zurückgebliebenen Völker in den Rang vollwertiger Glieder einer großen, freien Austauschgemeinschaft zu erheben. Es sei an dieser Stelle der erfreuliche Entscheid des amerikanischen Präsidenten in der Frage der Uhrenzölle besonders erwähnt. Es handelt sich hier um einen Entschluß, dem neben der praktischen Bedeutung für unser Land große grundsätzliche Tragweite beizumessen ist. Wir möchten ihn als gutes Omen für die Zukunft der wirtschaftlichen Beziehungen unseres Landes mit der amerikanischen Schwesterrepublik deuten.

Die Dollardefizite gegenüber Asien, Südamerika und Westeuropa entwickeln sich nachgerade zu einer chronischen Krankheit, die sich der Rekonvaleszenz der Weltwirtschaft als großes Hindernis in den Weg stellt. Sie gehen letzten Endes größtenteils zu Lasten des amerikanischen Steuerzahlers und treten dadurch in das Spannungsfeld innenpolitischer Erwägungen. Auf die Dauer ist die Zusammenarbeit auf dieser unökonomischen Basis, so positiv sie auch gewertet werden muß, untragbar. Nur ein gegenseitiger, von keinen unnatürlichen Barrieren verhinderter Warenaustausch, der auf dem Prinzip des *do ut des* aufgebaut ist, kann das Gleichgewicht der beiden Welten, sie heißen heute so prosaisch Hart- und Weichwährungszonen, wiederherstellen und damit den Boden vorbereiten für die Abschaffung der Hemmnisse, die auch der Wiedererstehung eines reibungslosen internationalen Kapitalverkehrs entgegenstehen. Der Schweiz mit ihrem Kapitalreichtum bleibt in dieser Beziehung eine dankbare Aufgabe zu lösen.

Die unmittelbarste und gefährlichste Quelle der Bedrohung erwächst uns gegenwärtig aus der Rückfälligkeit der Liberalisierungspolitik unter den Mitgliedern der Europäischen Zahlungsunion. Unsere handelsvertraglichen Beziehungen waren in den letzten Monaten durch den Kampf charakterisiert, den wir zur Aufrechterhaltung der eben neugewonnenen Austauschbeziehungen zu führen hatten. Wir werden diesen Kampf auch künftighin mit den härtesten uns zur Verfügung stehenden Waffen zu führen haben. Die Industrie stellt in diesem Zusammenhang mit großer Befriedigung fest,

daß unsere schweizerischen Verhandlungsdelegationen bestrebt sind, sich bei unsern Abnehmerländern an Ort und Stelle mit den Verhältnissen vertraut zu machen. Dem Bestreben unserer Behörden, die Verhandlungsdelegationen mit hervorragenden Fachleuten auszustatten, zollen wir unsere ganz besondere Anerkennung. Viele Positionen unseres chemischen Exportes haben in der letzten Zeit bedauerliche Einbußen erlitten. «Exliberalisierte Positionen» ist der wohlklingende *terminus technicus*, den die Phantasie der Handelsvertragsspezialisten dafür geprägt hat. Aber damit nicht genug, die Liberalisierung wird überragt von dem Gespenst der autonomen Erhöhung oder der Neuinkraftsetzung von Zöllen, wie wir das im Falle Italien, Deutschland und Frankreich in der jüngsten Vergangenheit erleben mußten. Frankreich dekretierte diesen Sommer auf die Einfuhr von Farbstoffen, die den im Inland hergestellten Produkten entsprechen, einen Wertzoll von 30%. Im gleichen Moment begaben sich seine Delegierten frohgemut nach Genf, um im Schoße des GATT, d. h. des «General Agreement on Tariffs and Trade», über die von Frankreich vorgeschlagene etappenweise Ermäßigung aller bestehenden Zölle um 30 % zu beraten. Diese Logik entspricht allerdings nicht dem Geiste DESCARTES, der vom Präsidenten des «Comité Chimique» der OECE in Paris von diesem Pulte aus angerufen wurde, als er vor drei Jahren für die gedeihliche Zusammenarbeit aller chemischen Industrien auf internationalem Boden vor uns plädierte. Vor bald zweihundert Jahren hat der neapolitanische Nationalökonom, Abate FERDINANDO GALIANI, das Weltbild für das Jahr 1900 entwerfend, nach Paris folgendes geschrieben: «... chaque nation ayant perfectionnée son agriculture et ses arts, se suffira à elle-même, et les sottes lois favorables à l'exportation et contraires à l'importation détruiront tout commerce; car, lorsque tout le monde veut donner et personne ne veut recevoir, il en arrive que personne ne donne ni reçoit rien!» – Wäre es nicht zeitgemäß, den Inhalt dieses Briefes, und zwar mit dem gleichen Bestimmungsort, heute wiederum der Post anzuvertrauen?

Mit der Entwicklung in Frankreich sind wir bei den Gefahren angelangt, die uns aus der gegenwärtigen tiefgreifenden Umgestaltung der Konkurrenzverhältnisse in der chemischen Industrie selbst entstehen. Der Aufstieg dieses Industriezweiges hält weiter an, in Amerika, in Europa, neuerdings auch in einzelnen Ländern Asiens, insbesondere in Japan. Umfangreiche Investitionen für den weiteren Ausbau von Fabrikationsanlagen und Vertriebsorganisationen sind beschlossen worden. «The President's Material Policy Commission» in Washington hat soeben einen Bericht über die Versorgung der Welt mit Rohmaterialien und Kraftquellen veröffentlicht. Die Verfasser, die darin auch die Verbrauchsziffern für einzelne Chemikalien, und zwar für die nächsten fünf- und zwanzig Jahre, voraussagen, scheinen allerdings zu vergessen, daß es im Aufbau prozeß der chemischen wie auch der andern Industrien Zeiten der Rückschläge,

Ruhepausen der Akkommodationen geben muß. Allzu leicht wird heute übersehen, daß der Aufstieg der letzten Jahre sich doch weitgehend unter kriegs- und rüstungsbedingten Voraussetzungen vollzogen hat.

Auch die englische chemische Industrie hat eine bedeutende Ausweitung ihrer Produktionskapazität erfahren. Die ICI hat sich durch ihre diesjährige Kapitalerhöhung neue Mittel im Umfange von 20 Millionen Pfund für den weiteren Ausbau beschafft, wodurch die Totalinvestitionen dieses Konzerns seit Ende des Krieges auf 90 Millionen Pfund angewachsen sind.

Der kürzlich veröffentlichte Bericht der ehemals in der deutschen I.G. Farbenindustrie zusammengeschlossenen Werke verzeichnet folgende Umsatzzahlen: Für das Jahr 1949: annähernd 1 Milliarde DM, für 1950: 1,5 Milliarden DM, für 1951: 2,2 Milliarden DM. Der Produktionsindex der deutschen chemischen Industrie, verglichen mit 1936, ist heute auf 151 angewachsen, wobei Ostdeutschland nicht mitgerechnet ist.

Wenn diese gewaltig gesteigerte Leistungsfähigkeit der chemischen Industrie gesamteuropäisch auch ein großes Aktivum darstellt, so hat sie für unsere schweizerischen Verhältnisse auf die Dauer doch eine wesentliche Verschärfung der Konkurrenzlage zur Folge.

Wollen wir weiter an der Spitze der Exportländer chemischer Produkte verbleiben, so erfordern die Wandlungen, die im Auslande vor sich gehen, eine Anspannung all unserer Kräfte.

Noch eine letzte Gefahr soll hier nicht unerwähnt bleiben. In unserem demokratisch organisierten Staatswesen gesellen sich zu den Privatunternehmen auch vorzüglich geleitete Betriebe der öffentlichen Hand. Sie beliefern uns in wichtigen Ausgangsprodukten, wie Salz, Salzsole, Alkohol. Es wäre sehr zu wünschen, daß der Monopolbetrieb der Alkoholverwaltung uns zu den gesetzlich eindeutig stipulierten Bedingungen beliefern möge und uns nicht dauernd gegenüber der Konkurrenz im Ausland durch überhöhte Preise in eine benachteiligte Situation versetzen. Wir glauben, daß auch staatliche Betriebe, die in der Demokratie Bestand haben wollen, die internationalen Maßstäbe nicht mißachten dürfen, besonders wenn sie bedenken, daß zusätzliche Belastungen nie auf die heute schon allzu scharf umkämpften Auslandsmärkte abwälzbar sind.

Um die Zukunftsprognose für unser Land zu stellen, wollen wir nun aber auch die Aktiven streifen, die das weitere Schicksal unseres Industriezweiges begünstigen.

Europa ist in den letzten Jahren wieder zusehends stärker geworden, und zwar in politischer, in sozialer und in wirtschaftlicher Hinsicht. Die sich einigenden Kräfte haben über die Desintegration gesiegt. Der Anstieg der gesamteuropäischen Handelsvolumina ist ein Beweis für den fortschreitenden Erholungsprozeß der europäischen Länder. Im Rahmen der Zahlungsunion hat die Schweiz gemäß der kürzlich erfolgten Veröffentlichung der Verrechnungsstelle im Laufe von zwei Jahren zahlungsbilanzmäßig einen Nettoüberschuß von

300 Millionen Franken erzielt. Was die chemische Industrie anbelangt, so bedeutet das Jahr 1951 für unsere Warenausfuhr ein Rekordjahr. Im Durchschnitt der drei letzten Vorkriegsjahre 1936–1939 belief sich der Export chemischer Produkte auf 164 Millionen Franken. Bis zu den Jahren 1949/1951 hat sich diese Zahl beinahe vervierfacht. Der Monatsdurchschnitt ist von 14 auf 53 Millionen gestiegen. In den ersten sieben Monaten dieses Jahres hielt sich diese Zahl auf der Höhe von 54 Millionen Franken. Dabei haben wichtige Zweige empfindliche Rückschläge erlitten, so namentlich der Farbenexport und in einem geringeren Ausmaße auch der Export von synthetischen Riechstoffen.

Alle Länder Europas sind sich wirtschaftlich nähergekommen. Vereinbarungen wie das außerordentlich wichtige Montanabkommen zeigen, daß das solidarische Handeln auf unserm Kontinent über die nationalen Grenzen hinweg an Boden beträchtlich gewonnen hat. Die praktischen Auswirkungen solcher Integrationsvorgänge sind allerdings schwer übersehbar. Es wäre deshalb verfrüht, wollte man sie vom schweizerischen Standpunkt aus heute schon abschließend beurteilen. Durch unsere Beteiligung an solchen Abkommen begeben wir uns eines Teils der scharfen Waffen, die wir in unsern bilateralen Verträgen einzusetzen vermochten. Aber dennoch wird auch die chemische Industrie nicht darum herumkommen, weittragende Entschlüsse hinsichtlich ihrer Koordination auf europäischem Boden zu treffen, wobei sie allerdings getreu ihrer liberalen Wirtschaftsauffassung eine Beteiligung der Regierungen an solchen Verständigungen ablehnen muß.

Asien und seine vielen neuentstandenen Nationalstaaten benötigen, wenn sie vor der Revolution bewahrt werden sollen, die Unterstützung der differenzierten und mit asiatischen Gegebenheiten besonders vertrauten europäischen Industriestaaten. Die Schweiz steht unter den Anwärtern für diese Mitarbeit auf einer hohen Stufe der Rangliste. Ihre kolonialgeschichtlich unbelastete Vergangenheit erhebt sie zu einem privilegierten Verhandlungspartner für den Asiaten.

Südamerika appelliert an unsern Willen zur Mitarbeit an der Erschließung seiner vielversprechenden Reich-

tumsquellen. Eine brasilianische Delegation, die wir im Namen der chemischen Industrie diesen Frühling in Basel empfangen haben, überzeugte uns von dem Prestige, das die Schweiz in Lateinamerika genießt. Dasselbe muß unsere Industriellen veranlassen, die wirtschaftlichen Möglichkeiten in diesen Ländern unter dem Gesichtspunkte der schweizerischen Mitarbeit erneut zu überprüfen. Allerdings wird es nicht damit getan sein, den traditionellen Warenaustausch weiterzupflegen. Man verlangt von uns heute im Westen und insbesondere im Osten fabrikatorisches und administratives *«know-how»*, das sich in den wirtschaftlich noch nicht ausgereiften Ländern eher zu einem *«show-how»* herauskristallisiert.

Die Vereinigten Staaten haben in der kurzen Spanne der Nachkriegszeit, wenn auch da und dort unter bedauerlicher Verkennung der Leistungen der alten Kolonialmächte, ein neues, stark gefügtes Gegengewicht gegen das Chaos aufgerichtet. Auf den großen Handelsstraßen der Welt, in Europa und vor allem in Ostasien vollziehen sich auch unsere schweizerischen kommerziellen Beziehungen in der Atmosphäre des Gleichgewichts, das in großem Ausmaß der amerikanischen Kraftentfaltung zu verdanken ist. Die Schweiz hat aus ihren eigenen Kräften heraus zur Stärkung dieses Gleichgewichts wirkungsvoll mitgearbeitet. Das Urteil des Auslandes über die Rolle der Schweiz in der gegenwärtigen Phase der europäischen Geschichte zeigt die Richtigkeit unseres Weges, aus eigener Kraft und aus der Selbstbestimmung unseres Schicksals heraus die Verteidigung unseres Landes zu organisieren und durch den Ausbau unserer wirtschaftlichen Verflechtung mit dem Ausland unsern bescheidenen Beitrag zur wirtschaftlichen Gesundung der Welt zu leisten.

Die junge Generation, die heute öfters zum Pessimismus neigt, die die Flinte im Angesicht der zeitlich bedingten Schwäche von Europa nur allzugern ins Korn wirft, möge von den verantwortlichen Leitern der Chemie vernehmen, daß sie das Vertrauen in die Leistungsfähigkeit unserer Wissenschaft, die Durchschlagskraft unserer Industrie und damit den Glauben an die zukünftige Prosperität unseres Landes nicht verloren haben.

C.S.